



Die Gedenkplatte erinnert an über 800 Häftlinge des Flossenbürger Außenlagers in Lengenfeld, aus 11 europäischen Ländern.

GEDENKTAG FÜR DIE OPFER DES FASCHISMUS IM VOGTLAND

Vor 70 Jahren begründeten ehemalige politische Häftlinge des Naziregimes 1945 in Berlin mit Unterstützung des Berliner Magistrates den „Tag der Opfer des Faschismus“. Seit 1946 wird alljährlich am zweiten Sonntag im September der Millionen Opfer des Hitlerfaschismus gedacht, wobei zu Totengedenken und Erinnerung stets die Mahnung gehört, sich für eine friedliche, humane Welt ohne Rassismus und Völkerhass einzusetzen.

Am 13. September gedachten in Plauen, in Lengenfeld, in Treuen und in Weißensand insgesamt rund 90 Bürger der Millionen Opfer des deutschen Faschismus. Der VVN-Kamerad Willi Ronz erinnerte in Plauen

an das Verbrechen des Holocaust, dem fast alle Plauener Juden zum Opfer fielen. In Lengenfeld sprachen der Bürgermeister, Volker Bachmann, und der stellvertretende Kreisvorsitzende der VVN-BdA Vogtland, Peter Giersich. Während Bachmann von der Pflege des Gedenkens in seiner Stadt sprach und über die Kontakte zu Überlebenden des KZ Lengenfeld berichtete, erinnerte Giersich daran, dass die Hitlergegner in den dreißiger Jahren Zuflucht, Aufnahme und Hilfe in vielen europäischen Ländern fanden. Er ging auf die aktuelle Asylpolitik ein und dankte allen Bürgern, die sich trotz Ablehnung für die Flüchtlinge einsetzen. Sie ermutigte er, mit diesem guten, menschlichen, wahrhaft christlichen

Tun fortzufahren und weitere Menschen zum Mittag zu ermuntern.

In Treuen fanden sich auf Initiative des Ortsverbandes der LINKEN Bürger an der Grabstätte von neun jüdischen Frauen zusammen, welche auf einem Todesmarsch im April 1945 umkamen. In Weißensand legten etwa 15 Menschen an der Gedenktafel, die an die mutige Tat zweier Bäuerinnen zur Rettung von Häftlingen erinnert, Blumen nieder.

Peter Giersich - Vorsitzender VVN-BdA

aus dem	TTIP, CETA & TiSA	S. 2
Inhalt:	DGB zu Gast beim Sozialforum Göltzschtal.....	S. 4
	Nazis raus! - Rufe in Plauen.....	S. 5
	vom 12. Landesparteitag.....	S. 6

DIE LINKE.



VERANSTALTUNGS HINWEIS

IMMER WIEDER DIE GLEICHE FRAGE

Was gehen mich TTIP, CETA und TiSA an?

Mehr als 2,3 Millionen Menschen haben sich bereits der europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA angeschlossen. Warum? Selbstverständliche Standards für Lebensmittel, Umwelt, Beschäftigung und öffentliche Dienste werden mit TTIP und CETA, aber auch im bislang wenig beachteten Sonderabkommen TiSA auf den Kopf gestellt. Alles, auch die öffentliche Daseinsvorsorge, soll den Regeln des Marktes unterworfen werden.

TTIP wäre das größte Geschenk der Politik an die Konzerne und das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger glaubt nicht an die Versprechen von mehr Jobs und Wohlstand für alle. Sie lehnen TTIP, CETA und TiSA ab. Doch trotz massiver Proteste gehen die Verhandlungen weiter.

Wir als LINKE sind weder gegen internationalen Handel noch gegen internationale Verträge - wenn diese die Finanzmärkte an die Kandare nehmen oder international die Rechte von Beschäftigten stärken. TTIP, CETA und TiSA dienen jedoch nur den Konzernen und nicht der Allgemeinheit.

Warum wir TTIP, CETA und TiSA ablehnen und uns an den Protesten beteiligen, erläutert

Dr. Axel Troost (finanzpolitischer Sprecher der LINKEN Bundestagsfraktion)

am 7. Oktober 2015
von 18 - 20 Uhr
in Reichenbach/Vogtland,
Neuberinhaus (Weinholdstraße 7)

Warum ist es wichtig, alle Kräfte aufzubringen und am 10.10. in Berlin eben gegen diese Abkommen zu demonstrieren?

Wer wissen will, warum diese geplanten „Geheim“-Abkommen unbedingt verhindert werden müssen, kann sich vielfältig informieren. Schon die Tatsache, dass Interessenvertreter der Verbraucher, der Umweltschutzorganisationen, der arbeitenden Bevölkerung ja sogar der gewählten nationalen Parlamente von den Verhandlungen ausgeschlossen sind, sollte jeden Menschen empören! Im Aufruf des DGB zur Teilnahme am Protest heißt es: „Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohem ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. [...] Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderrechte für Investoren und In-

vestor-Staats-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten. TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen.“

Wenn es so käme, wie von den Konzernen und ihren „Verhandlern“ gewollt, wären alle künftigen demokratischen Entscheidungen aussichtslos! Das dürfen wir nicht zulassen! Ihre/Deine Teilnahme am Protest kann die Mächtigen zum Nachgeben zwingen. Meldet Euch zur Mitfahrt beim DGB (0375-2736306) an!

Peter Jattke - Treuen



Wir brauchen wirklich eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
21. Oktober 2015

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

NEOLIBERALE GEFAHR - TISA

Die Methoden neoliberaler Politik werden immer dreister: Demokratie soll "marktförmig" werden. Da kann zwischen Sumpf und Fäkalgrube gewählt werden, wenn Parteien zur Wahl stehen, nur an die wirklich wichtigen Entscheidungen lässt man die Bevölkerung nicht ran. Da wird geheim verhandelt und versucht Tatsachen zu schaffen. Tatsachen, die Profite sichern und Lebenslagen von Millionen destabilisieren bis hin zur Existenzgefährdung. Neben TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership, siehe Artikel in Linker Blick 08-2015) kommt es noch dicker mit TISA (Trade in Services Agreement): So heißt das Abkommen, das die USA, Kanada, Japan, Australien, Schweiz und einige Länder in Asien und Lateinamerika derzeit hinter verschlossenen Türen verhandeln. Es greift noch tiefer in die Trickkiste zur Liberalisierung des Wirtschaftslebens. Hinter dem TISA-Abkommen stehen große international agierende Konzerne, die sich beispielsweise im "European Services Forum" zusammengeschlossen haben, so etwa Deutsche Post, Deutsche Telekom und Siemens, v. a. aber auch Banken. Sie wollen möglichst viele Handelsbeschränkungen beseitigen um weitere Märkte erschließen und Wachstum erzielen zu können.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen würde das die Sparkassen gefährden. Die kommunale Wasserversorgung wäre zu privatisieren genauso wie die Energieversorgung. Entsprechend würde der sanfte Trend zur Dezentralisierung und Unabhängigkeit in der Energieversorgung abgetötet. Einmal privatisiert sollen Rekommunalisierungen so gut wie ausgeschlossen bleiben, selbst wenn private Anbieter versagt haben. Kommunen werden so entmündigt, Daseinsvorsorge wird instabil, qualitativ schlechter, aber teurer. Der Datenschutz würde endgültig eine Farce, Konto-, Nutzer-, Kunden- und Gesundheitsinformationen könnten mit niedrigen Schutzstandards allzeit allseits weitergegeben werden - der durchleuchtete Bürger.

Ob TTIP, TISA oder CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement, Freihandelsabkommen mit Kanada) all

diese geheimen Verhandlungsrunden haben nur ein Ziel: die Öffnung neuer Märkte für profitable Geschäfte. Und das an demokratischen Entscheidungsstrukturen vorbei! Das ist der eigentliche Skandal: Offenkundig wollen die Verhandler minderheitliche Interessen bedienen und durchsetzen. Die hier tätigen Politiker veruntreuen ihr Mandat aus "demokratischer" Wahl, da sie von vorn herein etwas gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen wollen.

Die meisten Märkte des Westens sind gesättigt und die asiatischen bringen nur teilweise und absehbar temporär Entlastung (Afrika und Lateinamerika sind in dieser Hinsicht weitgehend abgehängt, nicht attraktiv), müssen - eben "bei Strafe des Untergangs" - neue Anlageformen gefunden werden, die stabil das bestehende Wirtschaftssystem, also die etablierten Kapitalflüsse aufrecht erhalten und ausbauen. Und je größer die "Wirtschaftseinheit" (Konzern), desto schwieriger wird es. Das ist mit schlichtem Konsumismus der Massen nicht mehr möglich.

Was also bleibt? DIE TOTALE ERÖFFNUNG DES SPIELCASINOS UND DIE PRIVATISIERUNG DER EXISTENZIELLEN DASEINSVORSORGE! Hier bleiben Menschen dann dauerhaft abhängig vom Preisdiktat der Konzerne: "Waterboarding" mit den Lebensbedingungen von Millionen, ja Milliarden von Menschen. Das Prinzip ist dasselbe: So wie Staaten Schulden nicht zurückzahlen können sollen, sondern nur gerade so Schuldendienst leisten sollen, damit der Zins- und Zinsezinsfluss nicht abreißt (Griechenland ist hier das vorgeführte Exempel), so würden die Menschen gerade so existieren DÜRFEN, um zunehmend den ganzen Ertrag ihrer "Maloche" den Konzernen in den Rachen zu schmeißen. Nur zunehmende existenzielle Erpressung ermöglicht künftig munteren und dauerhaften Kapitalfluss. Auch die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 haben das gezeigt. Immer mehr Menschen wurden in unsichere Verhältnisse und in Armut gestürzt. Statistisch wächst der Reichtum, aber "Wohlstand für alle" (L. Erhard, Wirtschaftsminister und Kanzler) ist passé.

Statt dessen massiv fortschreitende Entsolidarisierung, Arbeitsverlängerung und -verdichtung sowie massive Verarmung und Perspektivlosigkeit im "Hamsterrad". Ganze Gesellschaften werden Geißel einiger weniger Profiteure.

Marx hat recht: Der "tendenzielle Fall der Profitrate" (Kehrseite des Produktivitätswachstums) ist nunmehr so weit fortgeschritten, dass mit seriöser Wirtschaftstätigkeit die beabsichtigten Gewinne und Renditen schon lange nicht mehr dauerhaft möglich sind. Deshalb musste die Wirtschaft mit den Finanzspekulationen überschwemmt werden, die zwar traumhafte Gewinne für wenige ermöglichten, aber sogar ganze nationale Wirtschaften (auch VOLKSWirtschaften noch genannt) ins Wanken brachten und auch Konkurrenten beseitigten. Wir haben es mit einer weiteren Phase gigantischer Konzentration des Kapitals und der Macht zu tun. Auch wenn technische Entwicklungen immer wieder mal neue Märkte und somit Entlastung bringen, darf dies nicht über diese Grundtendenz hinwegtäuschen. Strategische Klarheit der LINKEN ist hier von existenzieller Bedeutung. Eine andere Wirtschaftsform ist nicht nur möglich, sie wird mit dem Fortschreiten neoliberaler Begehrlichkeiten immer dringender!

Ralf Becker - Zwickau

GEWERKSCHAFTEN SETZEN AUF BILDUNG BEI HARTZ IV

Stellvertretender Vorsitzender des DGB Sachsen zu Gast beim Sozialforum Göltzschtal

Als Instrument für den Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit kann nach 10 Jahren das "Projekt HARTZ IV" als gescheitert angesehen werden.

Jobvermittlungen führten nur selten in eine unbefristete und normal bezahlte Erwerbsarbeit, die Hartz-IV-Regel-sätze sind nicht rechtskonform ermittelt und die Jobcenter haben sich zu gigantischen "Bürokratie-Bastionen" entwickelt. Dies sind nur die offensichtlichen Ergebnisse. Die Folgen sind nicht selten persönliche Notlagen, die der Öffentlichkeit verborgen bleiben.

Das Sozialforum Göltzschtal hatte zu seiner letzten Veranstaltung Markus Schlimbach, den stellvertretenden Vorsitzenden des DGB Sachsen, als Referenten zu Gast. Er informierte die interessierten Zuhörer umfassend über die dringenden Forderungen des DGB an die Verantwortlichen, die zur Verbesserung der derzeitigen Situation beitragen könnten.

Nicht nur bei tariflicher Entlohnung für alle, sondern insbesondere im Bereich der Bildung möchte der DGB den wirk-samen Hebel ansetzen. "Fachkräf-temangel und die Möglichkeiten für Hartz IV-Betroffene stehen wider-sprüchlich gegenüber", sagte Markus Schlimbach, "oft haben die Langzeit-arbeitslosen einen relevanten Berufs-abschluss aus DDR-Zeiten. In den vielen Jahren nach der Wende wurde ihnen aber keine Weiterbildung ange-boten, die sie fit für den ersten Ar-beitsmarkt hätte machen können."

Aus diesem Dilemma könnten Ansät-ze wie die Forderung eines Anspru-ches nach vielen erfolglosen Bewerbungen auf eine für den Bewer-ber sinnvolle und für seine Integri-ation in ein Erwerbsleben zielgerichtete Umschulung oder besser noch auf eine Aufstiegsqualifikation sehr hilfreich sein.

Selbstverständlich will sich der DGB auch weiterhin dafür einsetzen, dass Tarifgrundsätze für jeden arbeitenden Menschen gewahrt werden. Die Ver-mittlung in Minijobs sollte auf freiwil-liger Basis erfolgen, also ohne Androhung einer Sanktion, Vermitt-lungsgutscheine sollten abgeschafft werden. Praktika und Probearbeit er-füllen ihren Zweck bereits nach 2 Wo-chen und erfordern keine unbezahlte Arbeit für ein bis zwei Monate. Außer-dem sollten Leiharbeitsfirmen noch strengeren Kontrollen unterzogen wer-den.

Gute Bildung - nicht nur für Hartz-IV-Betroffene - dürfte wohl auch in an-de-ren Bereichen positiven Einfluss auf das gemeinsame Miteinander haben.

Kathrin Kosche - Sprecherin des Sozialforums Göltzschtal

WIR SIND EIN EUROPA DER WERTE

Welche Werte?

"Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt" - würde ich dieses Dichterwort doch gern unserer Kanzlerin zueignen und der Vollständigkeit halber hinzufügen: "Der Not gehorchend, nicht dem eigen-ten Triebe". War sie doch eher die "Ge-triebene", quasi hinterher gehechelt, als sie nach gut 10 Monaten erstmals ein Flüchtlingsheim (Heidenau) be-suchte. Nachdem ihr auch hier ihr "Vi-ze" Gabriel wieder um einige Tage voraus war. Nach dem Hase-Igel-Prin-zip "Ich bin all hier". Immerhin: Nun kam sie, Solidarität zu üben. Zeigte sich bewegt, verständnisvoll. Versprach Hilfe - jedoch auch strenge Prüfung des Bleiberechts bei sogenannten "si-cheren" Herkunftsstaaten - wobei sie u.a. auch den Kosovo meinte und die von dort wegen ethnischer Verfolgung geflüchteten Roma. Aus eben jenem Kosovo, das mit deutscher - auch tat-kräftig militärischer Hilfe - destabili-siert und völkerrechtswidrig den Albanern "zugeschanzt" wurde.

Vom "Europa der Werte" hätte sie ge-sprochen. Was für eine "Wertegemein-schaft" eigentlich, wo sich ausgerechnet die "Hätschelkinder der

EU", die neuen osteuropäischen Mit-gliedsstaaten wie Ungarn, Polen, Slo-wakei usw. jeglicher Solidarität verweigern, Mauern und Stachel-drahtzäune errichten, mit aller Bruta-lität gegen diese hilflosen, verzweifelten Menschen vorgehen? Hatten diese doch selbst bestens profitiert damals und heute noch. Und überhaupt: „Das Boot ist voll - Deutschland den Deut-schen!“ Während da im Mittelmeer Tausende Frauen und Kinder - in über-füllten seeuntauglichen Booten - jäm-merlich ersaufen. Irak den Irakern? Syrien den Syrern? Lybien den Lybi-ern? Waren es doch die EU-Europäer, die brav im Schlepptau der USA - mit Panzern, Bomben und Granaten - die-sen Ländern ihre Leitkultur und sol-cherart "christliche Werte" aufzwingen wollten. Europa - Deutschland - deine Werte! Täglich brennen Flüchtlingshei-me. Immer brutaler werden die Angrif-fe gegen Ausländer. Unsere Polizei - "bemüht" aber - angeblich machtlos mit "Aktionen" gegen die Linken be-schäftigt, deren Büros inzwischen auch angezündet und verwüstet werden. Wohl gemerkt: gegen! All das angeheizt von den Polit-Chanvinisten wie von der

"Mir san mir - und ihr haut ab"-CSU. Aber auch Innenminister de Maiziere, für den die Lösung des Problems wohl einzig in der Verschärfung des Asyl-rechts und schnellere Abschiebung besteht. Härtere Bandagen - "und bist du nicht willig..." Immerhin - kosten-lose Rückfahrkarten liegen ausreichend bereit ...

Und sie? Schaut zu, sitzt aus. Macht große Worte von christlicher Näch-stenliebe und so, Verständnis. Hilfe gar - und Platz für alle." Die Worte hör ich wohl - allein mir fehlt der Glaube. Glaube ich doch eher, sie wird bleiben, was sie immer war: Auf den Erhalt ihrer Macht orientiert. Nicht Kanzlerin der Herzen, sondern der Banken und Kon-zerne. Die Hilfe indes, sie kommt aus des Volkes Mitte. Und dies in einer un-vorstellbaren und nie dagewesenen Weise der Hilfsbereitschaft. Millionen-fach, in mannigfaltigster Form. Und es werden täglich mehr, die dem Satz von Che Guevara seinen Sinn geben: "So-lidarität ist die Zärtlichkeit der Völker"

Jürgen Böhm - Schöneck

„NAZIS RAUS!“ - RUFE IN PLAUE

richtig, weil...

Als Teilnehmer der Kundgebung des „Aktionsbündnis Vogtland gegen Rechts“ und des „Runden Tisches für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage“ gegen die Hetzveranstaltung der Rechten am 18.09. frage ich mich, waren auch meine Rufe „Nazis raus“ gegen die viel zu vielen Teilnehmer der Veranstaltung der NPD gerechtfertigt? Sind alle „Nazis“, die dort z.T. frenetisch den „Propagandisten“ Beifall zollten? Es gibt immer Möglichkeiten ausführlicher zu differenzieren. Aber zu solchen Anlässen - und ich habe derlei schon viele erlebt - gilt es auch zu verkürzen, um eine Meinung auf den Punkt zu bringen. Deshalb an die vielen Teilnehmer der „Rechten“ Veranstaltung deutlich gesagt: Ja, Euch als „Nazis“ zu behandeln war richtig! Mitgegangen - also mitgefangen in der Denkweise dieser Gruppe der Ewiggestrigen - eben der „Nazis“.

- Jeder von Euch wusste, dass diese Veranstaltung von NPD-Funktionären angemeldet war und konnte sich informieren, welche menschenverachtenden und rassistischen Ziele diese Partei hat!
- Jeder von Euch konnte die Fahnen der Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ sowie die „Reichsfahne“ sehen!
- Jeder von Euch konnte sich also frei entscheiden, sich objektiv auch über die Ursachen von Flucht und Asylanträgen zu informieren oder einer hysterischen, dem Stil nach, einer faschistischen Propagandarede, zuzuhören und Beifall zu klatschen.

Leute, wie fing es 1932/1933 an? Lernt Ihr nie aus der Geschichte?

Einige Bemerkungen an unsere Veranstalter: Die skandierten Losungen „Nationalismus raus aus den Köpfen“ und „Flüchtlinge willkommen“ habe ich gern mitgetragen, wir müssen aber noch weiter üben - sie waren nicht laut genug! Und, ich habe mich über die wirklich sehr vielen jungen Teilnehmer auf unserer Seite gefreut, aber um auch die „etwas früher Geborenen“ zu den wichtigen Protesten zu

DIE DORF-SPARKASSE DARF NICHT STERBEN!

Die Sparkasse Vogtland wirbt auf Ihrer Website mit der Aussage: „Kundennähe ist kein Zufall, sondern Absicht.“ diese Aussage erscheint in Anbetracht der jetzt angekündigten Kürzungen wie ein schlechter Witz.

„Das gute Filialnetz der Sparkasse ist eines ihrer Alleinstellungsmerkmale im Vogtland, da es sich hier um ein öffentlich-rechtliches Kreditinstitut handelt, ist es auch nicht Hauptzweck einer Sparkasse, Gewinne zu erzielen.“ sagt Kreisrätin und Landtagsabgeordnete Janina Pfau von DIE LINKE.

Die Sparkasse hat angekündigt Stellen abzubauen und auch Filialen zu schließen. „Das Filialnetz der Sparkasse ist besonders für den ländlichen Raum äußerst wichtig. Gerade für ältere Kundinnen und Kunden der Sparkasse ist Onlinebanking oft keine Option. Nicht zu vergessen das man selbst mit dem modernsten Onlinebanking am heimischen PC kein Geld abheben kann.“ gibt Pfau zu bedenken. Auch den Abbau der Arbeitsplätze wird von der LINKEN sehr kritisch gesehen.

„Damit wir allen Bürgerinnen und Bürgern eine wohnortnahe Beratung und Versorgung mit Bargeld gewährleisten können, dann darf keine Filiale, sei sie auch noch so klein, geschlossen werden, da es sich hier um einen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge handelt.“ so die Sprecherin für Verbraucherschutz weiter.

gewinnen, solltet Ihr nicht nur auf Eure Englischkenntnisse und Eure Ausdrucksweise, auch in der Musik, bestehen. Forderungen nach Humanismus, Frieden und auch soziale Sicherheit - überall auf der Welt, bedürfen ein einheitliches Zusammengehen von Jung und Alt!

Das meint Peter Jattke aus Treuen

OHNE MOOS NIX (ODER NICHT VIEL) LOS!

Das gilt für jeden einzelnen, aber wahrlich auch für unsere Partei DIE LINKE! Unsere Einnahmequellen sind äußerst beschränkt, keiner der großen Konzerne oder Privatmillionäre der ach so reichen BRD käme auf die Idee ausgerechnet für uns zu spenden. Also bleiben kleine und kleinste Summen von unseren Mitgliedern und die monatlichen Beiträge. Der Parteitag in Bielefeld hat nun eine neue Tabelle für deren Berechnung beschlossen. Ich bitte, nein ich fordere Euch auf Genossinnen und Genossen, Eure Beiträge anhand dieser zu überprüfen. Jeder Euro mehr hilft, die politische Arbeit zu gestalten. Außerdem orientieren sich die staatlichen Parteizuschüsse auch an deren Beitrags- und Spendenaufkommen. Versuchen wir doch, diesem Staat, auf diese Weise ein wenig mehr Geld „aus der Tasche zu ziehen“.

Genossinnen und Genossen, die sich in einer prekären finanziellen Lage befinden oder in einer solchen geraten, können immer auf Verständnis und Entlastung hoffen. Aber bestimmt gibt es auch viele unter uns, deren Monatsetat durch 1, 2, 3....€ mehr nicht völlig aus dem Ruder laufen würde.

Es gehört zur Ehrlichkeit allen anderen Genossinnen und Genossen gegenüber, satzungsgerechte Beiträge zu entrichten, finde ich!

Helga Hoffmann



DREI ANTRÄGE AN DEN 12. LANDESPARTEITAG

aus dem Göltzschtalverband
Mitglieder des Göltzschtalverbandes hatten drei Anträge an den 12. Parteitag gestellt: zwei Anträge zum Leitantrag und einen Antrag gegen eine geplante Änderung der Landessatzung. Die beiden Änderungsanträge zum Leitantrag wurden vom Landesvorstand übernommen, brauchten also nicht von den Delegierten abgestimmt werden.

tivrecht" gegenüber dem Landesvorstand. Nach unserer Überzeugung gehört es zur Parteidemokratie, wenn der Landesvorstand, der das politische Führungsorgan des Landesverbandes zwischen den Landesparteitagen ist, durch ein eigens dafür geschaffenes Gremium kontrolliert wird. Mit Ausnahme der Landesverbände Bayern und Hamburg haben alle Landesverbände der Linkspartei ein solcher Kon-

wenn das zu kontrollierende Gremium vollständig Mitglied des Kontrollgremiums ist? Ist eine Diskussion über eventuelle Mängel in einem Gremium, das etwa 100 Mitglieder umfasst, möglich? Zu dieser Problematik gingen die Meinungen auf dem Parteitag weit auseinander. Ein Antrag, auf diesem Parteitag dazu zwar zu diskutieren, dann die Diskussion in den Basisorganisationen fortzusetzen und



© DIE LINKE Sachsen

Es waren der Antrag, Partei- und Abgeordnetenbüros noch stärker zu Stätten öffentlicher Kommunikation, Sozial- und Rechtsberatung zu gestalten und damit DIE LINKE auch zwischen den Wahlen stärker öffentlich wahrnehmbar zu machen. Der zweite Antrag forderte die Streichung des Satzes, "DIE LINKE.Sachsen sollte den Anspruch haben, Partei für zu alle sein". Die Streichung erfolgte, aber an dieser Textstelle wurde ein Satz aus einem Ersetzungsantrag von Peter Porsch und Stefan Hartmann eingefügt: DIE LINKE.Sachsen sollten den Anspruch haben, Partei für alle zu sein, die unsere linke Politik mit verwirklichen wollen." Diese Formulierung unterstützen wir.

Eine sehr umfangreiche und kontroverse Diskussion gab es auf dem Parteitag zu geplanten Satzungsänderungen. Das heikelste Problem dabei: Die Abschaffung des Landesrates als selbständiges Gremium. Die Hauptaufgabe des Landesrates besteht im "Konsultativ-, Kontroll- und Initia-

tivgremium, meistens mit der Bezeichnung Landesausschuss, manchmal mit der Bezeichnung Landesrat. Und auf Bundesebene gibt es den Bundesausschuss zur Kontrolle des Parteivorstandes.

Die Diskussion zu Satzungsänderungen begann vor längerer Zeit mit der Forderung, die Bezeichnung "Kleiner Parteitag" abzuschaffen. Gemeint ist damit ein Gremium, das aus Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Landtagsfraktionsvorstand besteht und das zusammentritt, wenn Entscheidungen von besonderer Bedeutung für den Landesverband beschlossen werden müssen. So z.B. geschehen zur Frage, ob DIE LINKE im Landtag der Schuldenbremse zustimmen soll. Nach dem Antrag des Landesvorstandes soll dieser "Kleine Parteitag" in fast gleicher Zusammensetzung erhalten werden und zusätzlich die Funktion des derzeitigen Landesrates, also die Kontrollfunktion gegenüber dem Landesvorstand übernehmen. Kann das funktionieren,

die Beschlussfassung auf den nächsten Parteitag zu verlegen, war zu Beginn des Parteitages knapp abgelehnt worden (70 Gegenstimmen, 67 Fürstimmen), am Abend des ersten Tages erhielt der nochmals gestellte Antrag aber eine Mehrheit.

Wir hoffen, dass auch in den Basisgruppen des Vogtlandkreises und im Vogtlandboten diese Diskussion geführt wird. Wir, die Antragsteller, werden uns gern an der Debatte beteiligen.

Dorothea Wolff - Auerbach

IMPRESSIONEN VOM 12. LANDESPARTEITAG

Als noch relativ neues Mitglied hatte ich die Möglichkeit bekommen mir einmal die (mittel-) große politische Bühne anzuschauen. Am 12. und 13. September hieß es für die Delegierten auf nach Neukieritzsch um dort u.a. den Landesvorstand zu wählen. Stimmberechtigt war ich nicht, aber interessant ist sowas sicher auch als Zuschauer.

rer Partei. Auch die Vorstellungen und Ansprachen der Gäste waren sehr interessant. Manche von denen kennt man ja nur aus dem Fernsehen und da stehen sie dann vor einem, leibhaftig und zum anfassen z.B. Katja Kipping oder Claus Wesselsky.

Wie gesagt auch dieser Teil des Landesparteitages war noch ganz interessant, aber dann kam sehr viel

der wir uns die Unterkunft geteilt hatten, gemütlich gefrühstückt. 10 min. vor offiziellem Tagungsbeginn kam dann die Nachricht, dass es einen neuen Tagungsort gibt, da auf den alten Tagungsort über Nacht ein Anschlag verübt wurde. Fast 40 Sicherheitsglasscheiben wurden mit offensichtlich geisteskranker Gewalt eingeschlagen. Ein Schaden von geschätzt 250.000 € welcher der Gemeinde Neukieritzsch da entstanden ist, die uns trotz allem sofort Ihr Bürgeramt zu Verfügung stellte und auch so ein guter Gastgeber war. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Eine politische Tat schließe man nicht aus aber man ermittle in alle Richtungen. Ich frage mich zwar was für ein Täterbild sich die Polizei vorstellt, außer einem mit politischem Motiv, aber vielleicht reicht da auch einfach meine Vorstellungskraft nicht aus. Möglicherweise fühlte sich ja der örtliche Taubenzüchterverein schon lange durch die bösen Glasscheiben bedroht, die das Gebäude umgaben. Warten wir diesbezüglich einfach ab und tun wir ganz überrascht wenn eines Tages herauskommt dass es doch Nazis waren.



Wochenlang vorher war ich deshalb schon aufgeregt, konnte den Termin kaum noch erwarten und dann endlich war es soweit. Samstag, am 12. September früh ganz zeitig aufgewacht. Tasche war schon gepackt. Also noch fix frischgemacht, Frau und Kind geschnappt und ab ins Auto. Noch eben das Navi programmiert und nach etwa eineinhalb Stunden Fahrt waren wir da. Nochmal kurz verschnaufen, die Taschen ins Hotel und mit ein paar anderen Genossen zum Tagungsgelände. Eine schöne Gegend das Neukieritzsch. Ein verschlafener Ort mit kleinen Häusern und schicken Gärten. Aber deswegen bin ich ja nicht hin gefahren.

Am Tagungsgelände hab ich dann die nächsten Genossen aus dem Vogtland begrüßt und mir drinnen einen Platz gesucht. Schließlich sollte es gleich losgehen und das tat es dann auch. Die Eröffnung des 12. Landesparteitages durch zwei junge GenossInnen war frisch und unterhaltsam. Genau so hab ich mir das vorgestellt in unse-

trockene Kost. Da ich als Nichtdelegierter ohnehin nicht alle Unterlagen hatte war es noch schwieriger dem ganzen Folgen zu können. Erst gegen Abend wurde es dann wieder spannend. Da standen die Wahlen an.

Ich habe ja noch nicht allzuviel mitbekommen, aber eines war mir bekannt. Rico Gebhardt war bei seiner letzten Wahl zum Landesvorsitzenden bereits mit einem nicht ganz glücklichen Ergebnis gewählt worden und man munkelte schon, dass es vielleicht zu einem großen Schlagabtausch kommen könnte. Aber auch der blieb aus und da der Tag dann ohnehin schon sehr lang ging, wartete ich nur noch das Ergebnis der Landesschatzmeisterwahlen ab, bei der unsere Kreisschatzmeisterin Sigrid Mann angetreten war, es jedoch leider nicht schaffte, genug Stimmen zu erhalten und ging dann zurück in meine Unterkunft.

Am nächsten Morgen sind wir dann in aller Ruhe zum Bäcker und haben mit der Familie von Sandra Steiner, mit

Nun gut, zurück zum Landesparteitag an sich. Wie gesagt, die Gemeinde hat uns also das Gemeindehaus zur Verfügung gestellt und in selbigen ging der Landesparteitag auch mehr oder weniger normal weiter, wenn auch etwas beengt. Es waren ja noch einige Wahlen durchzuführen. Unser Genosse Jan Windisch stand an diesem Tag noch zur Wahl für den Landesvorstand, verpasste aber leider ebenfalls die notwendige Stimmzahl für den Posten. Nach dem sich auch dieser Tag, gespickt mit Wahlen so langsam dem Ende neigte, traten wir gegen 16 Uhr die Heimreise an.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass ich mir zwar anfangs etwas anderes unter dem Landesparteitag vorgestellt habe, aber dennoch viele spannende Eindrücke sammeln konnte. Ich werde auch künftig versuchen wieder teilnehmen zu können. Vielleicht als Delegierter?! Mal sehen das die Zukunft so bringt.

Maik Schwarz - Jöbnitz

SEENOTRETTUNG IM MITTELMEER

Die Themen Asyl und Migration bestimmen in diesen Wochen die Medienlandschaft massiv. Wir als LINKE diskutieren oft darüber, wie wir den Menschen hier ein menschenwürdiges Leben bieten können. Viel zu wenig, so finde ich, diskutieren wir darüber, wie wir das Sterben vor den Grenzen Europas verhindern können. Durch die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX, Zäune mit Stacheldraht an den Außengrenzen und eine fehlende Seenotrettung im Mittelmeer hat sich die EU eine Festung gebaut, die als primäres Ziel die Abschottung von Flüchtlingen hat. Schluss damit!

Harald Höppner konnte nicht mehr warten, bis sich in Europa Stück für Stück etwas ändern. Er hat mit seiner Familie und Freunden enorm viel Geld in die Hand genommen und einen alten Fischkutter gekauft und für Einsätze im Mittelmeer wieder fit gemacht. Seit Juni 2015 ist nun die „Sea Watch“ (so heißt das Schiff) im Mittelmeer vor der Küste Lybiens auf der Suche nach Booten in Seenot. 2 Wochen ist eine Crew aus Freiwilligen (MaschinistInnen, ÄrztInnen, Seeleuten und andere) unterwegs um Flüchtlinge zu retten. Die „Sea Watch“ selbst kann keine Menschen mitnehmen, da es zu klein ist. Allerdings können Schwimmwesten und Trinkwasser verteilt werden und bei Bedarf auch Rettungsinseln aufgebaut werden. Durch die ÄrztInnen der „Sea Watch“ können auch medizinische Notfälle behandelt werden. So können die Menschen in Not versorgt und betreut werden, bis ein größeres Rettungsschiff zur Hilfe eilt. Seit dem Italien sein Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“ eingestellt hat und die EU das Abschottungsprogramm „Triton“ begonnen hat sind es allerdings immer weniger europäische Marineschiffe, sondern Boote von „Ärzte ohne Grenzen“ oder „MOAS“.

Die Arbeit der dieses Projektes ist vielleicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber es konnten dennoch bereits tausende Menschenleben gerettet werden. Vor allem aber ist es auch eine Tat, die die Forderung nach

einer zivilen Seenotrettung der EU kräftig untermauert. Natürlich benötigt das Projekt „Sea Watch“ finanzielle Unterstützung, denn ohne Spenden könnte das ganze erst gar nicht stattfinden. Ich würde vorschlagen, dass wir als Die LINKE. Vogtland mit einer Spendenbox Geld für „Sea Watch“ sammeln und es dann der Seenotrettung zur Verfügung stellen.

Mehr Informationen findet ihr unter www.sea-watch.org

Paul Gruber - Plauen

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES STADTVERBANDES PLAUEN

Am 06.11.2015 findet im Haus Vogtland, Kasernenstr, 08523 Plauen (Behördenzentrum), die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Plauen statt. Beginn ist 17:00 Uhr. Thema: Wahl des Stadtvorstandes Plauen.

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

19.10.2015: 14:00 – 17:00 Uhr

27.10.2015: 10:00 – 14:00 Uhr

(um Terminabsprache wird gebeten)

Bürgerbüro MdL Janina Pfau
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,
Tel: 037421/ 187878

Für alle Betroffenen wird nach vorheriger Absprache auch eine Hartz IV-Beratung im Bürgerbüro Oelsnitz/Vogtl. angeboten.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Harald Schmidt	Plauen	16.10.
J. Winter	Muldenhammer	18.10.
A. Reißaus	Plauen	24.10.
W. Müller	Klingenthal	27.10.
S. Lindner	Klingenthal	28.10.
Marianne Ernst	Treuen	28.10.
W. Schmidt	Rosenbach	29.10.
Werner Steudel	Treuen	01.11.
S. Scheller	Heinsdorferg.	07.11.
Evelyn Hoyer	Auerbach	14.11.
Gertraude Wolf	Plauen	14.11.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

" Zwischen 2007 und 2014 hat die EU 2 Milliarden Euro in Abwehr, Hochsicherheits-Technik und Grenzpatrouillen investiert, aber nicht viel für die Aufnahme von Flüchtlingen."

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23.09.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 21.10.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.